

Bereits am 14. November 1945 wurde auf der Bochumer Konferenz der sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre die Bildung gemeinsamer Produktions-Ausschüsse beschlossen. In Hessen wurde auf einer gemeinsamen Tagung der KPD und SPD die Einsetzung einer Einheitskommission beschlossen. Diese Kommission erhielt die Aufgabe, in allen Fragen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine gemeinsame Politik der beiden Parteien auszuarbeiten und entsprechende für beide Parteien bindende Beschlüsse zu fassen. Ebenso wurde in Bayern schon im August 1945 ein gemeinsames Aktionsprogramm zwischen den Landesvorständen der KPD und der SPD beschlossen. In zahlreichen Belegschaftsversammlungen in den Conti-Werken in Hannover, in der Waggonfabrik Rathgeber, in der Lokomotivfabrik Kraus & Maffei, in den Werken von Siemens & Halske, auf der Deutschen Werft in Hamburg und in vielen anderen westdeutschen Betrieben forderten die parteilosen Arbeiter gemeinsam mit ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien. Die gleiche Forderung wurde ebenso einstimmig auf vielen Gewerkschaftstagungen erhoben, so z. B. auf der Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Metall in Frankfurt (Main).

Diese anwachsende Einheitsbewegung in ganz Deutschland brachte alle reaktionären Kräfte auf den Plan. Das ist völlig begreiflich; denn die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß an der Einheit der Arbeiterklasse die Anschläge und Pläne der Reaktion scheitern.

Das war so, als die deutsche Arbeiterklasse im vorigen Jahrhundert Bismarcks Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten und Bismarck selbst zu Fall brachte.

Das war so in den Jahren 1920 und 1923, als der einheitliche Generalstreik der deutschen Arbeiter die monarchistische Putschisten-Regierung unter Kapp und die vaterlandsverräterische Inflationsregierung unter Cuno stürzte.

Daher fürchten die reaktionären Machthaber die Einheit der Arbeiterklasse wie der Teufel das Weihwasser und haben stets alles unternommen, um die Arbeiterklasse zu spalten. Clay, der damalige Gouverneur der amerikanischen Besatzungszone, erklärte sich sofort öffentlich gegen die Beschlüsse der gemeinsamen zentralen Konferenz der SPD und KPD vom 20. und 21. Dezember 1945 und bestritt die Autorität der zentralen Leitungen der beiden Parteien. Er nahm ebenso gegen das gemeinsame Wahlprogramm der KPD und SPD für die Gemeindewahlen in der amerikanischen Zone Stellung. Angesichts der „Gefahr“ der Einheit der Arbeiterklasse ließ dieser Beauftragte der USA-Milliardäre sofort seine demokratische Maske fallen, mischte sich in die inneren Angelegenheiten deutscher demokratischer Parteien und verlangte von den deutschen Sozialisten die Verletzung demokratisch gefaßter Beschlüsse und die Mißachtung demokratisch gewählter Leitungen.

Ebenso handelten die britischen und französischen Machthaber in ihren Zonen.

Ohne Befragung der Mitglieder, ohne Rechenschaftslegung vor den Mitgliedern und ohne jegliche Wahl oder Abstimmung wurden von den westlichen Besatzungsbehörden in völlig diktatorischer Weise einheitsfeindliche und imperialistenhörige Führer und Leitungen in der SPD eingesetzt oder bestätigt, während einheitsfreundliche und von den imperialistischen Besatzungsbehörden unabhängige Führer und Leitungen abgelehnt und verfolgt wurden.